

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Täglich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. Juli 1916

Anzeigepreis: Arbeitsmarkt, Berufsberatung, Besoldungsstellen, Besoldungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen 10 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 74

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Feuerungszulagen und Feuerungszulagen.
Gewerkschaftsrevue: Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Der Jahresbericht der Generalkommission der Gewerkschaften.

Korrespondenzen: Bielefeld (M. S.). — Köln.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die verlegende Kupferstecherkunst. — Vom verbesserten Reichsvereinsgesetz. — Junggenossenchaften im Handwerk. — Industrie und „Mittel-europa“. — Deutsche Wirtschaftslage in französischer Beleuchtung.

Feuerungszulagen

Die Ernährungspolitik steht gegenwärtig im Brennpunkte der Kritik, einer allgemeinen und schärfsten Kritik. Daß man nun nicht mehr hinter dem Berge hält, daß auch Stadtgewaltige rückwärtslos aussprechen, was ist, kann sicherlich als Beweis dienen, wie weit wir auf der schiefen Ebene heruntergekommen sind. Aber nicht jeder Oberbürgermeister ist ein Kitzl, wie er dem kleinen Zittauer genabelt werden kann. Das Leipziger Stadtoberhaupt ist z. B. ein Gegenstück zu dem Zittauer. Mit öffentlichen Ansprüchen an die lieben Mitbürger und der Trostspende, daß man sich nicht mehr zu helfen weiß, ist gar nichts getan, wenn das gänzlich Fehlen der Kartoffeln zur Dauererscheinung geworden und in der ärmeren Bevölkerungsschichten die Not schon die nächstfolgende Etappe der Bewältigung erreicht hat. Da hat der Oberbürgermeister von Kiel einen besseren Weg zur Beruhigung und zum Aufpassen für die Bevölkerung gefunden (siehe „Rundschau“ Nr. 72). Das Buchdruckermeßka an der Pleiße; das von andern nicht minder vielbesuchte Leipzig, bietet wohl den zwingendsten Anschauungsunterricht, wohin wir geraten sind.

Die deutsche Kleinstaaterei, deren Überwindung militärisch so vollständig gelungen, hat noch niemals, seitdem die Reichsmünze die Grenzpfähle beiseite schob, Gelegenheit gefunden, sich solchermaßen in unerfreuliche Erinnerung zu bringen als bei der zunehmenden Lebensmittelnot. Die Schlagbaumgewalt der Landräte, der Amtshauptleute usw., von denen sich so mancher als ein kleiner König gibt und tatsächlich auch unumschränkter herrschen kann als ein großer, tat ein Abtrübs, die Zustände ganz unhaltbar werden zu lassen. Zu alledem der in den Reichseinkaufs- und Vertriebsgesellschaften, am ärgsten in der viel und berechtigterweise angegriffenen Zentral-einkaufsgesellschaft, in die erste und treude und immer schärfer sich herauskehrende Geist des grünen Fisches, so daß die Pauke von dem vielgerühmten Organisationsgenosse der Deutschen in der so lebenswichtigen Probe auf das Exempel, nämlich mit der richtigen Verteilung der Nahrungsmittel, ein großes Loch bekommen hat. Die Städte sitzen vollständig auf dem trocknen, während dem verhärteten Gemüte der Landbevölkerung jetzt sogar von der Geistesfreiheit ins Bewußtsein geredet wird, daß sie im Fleischgenuß und in ihrer ganzen Ernährungsweise sich auch dem anpassen hätte, was von den Städtern verlangt werde. Der Eigennuß der großen und der kleinen Herren auf dem Lande, wie der loszugesagten gewöhnlichen Bauern wird schwerlich dieser Entlassungseffekt folgen. In manchen Gegenden, wo das landbesitzende Regiment etwas über die Kreisgrenze hinausdenkt, ist den ländlichen Selbstversorgern ja auch schon der Brocken höher gehängt worden.

Von dem allenthalben zuverlässig und vertrauenswürdigem Ernährungsminister ist bis in die letzten Tage wenig zu hören gewesen. Er hat schon in ziemlich der Ausbreitung enttäuscht, ehe ihm genügend Zeit gelassen war, überhaupt etwas zu tun. Weil der Starren zu fest zu sein war, weil man zu viel auf einmal und das noch schnell verlangte, was man unter der steigenden Not zu fröhen gezwungen war, hat der Präsident des Reichsrats, dem doch in Dr. August Müller und in dem gewaltig zwei Männer aus der Arbeiterbewegung zu sehen, noch gar nicht befriedigen können, auch

wenn er den ihm nach- bzw. vorausgesagten großen Zug und die entschlossene Hand wirklich besitzt. Welchen prinzipiellen Anschauungen der ja den Agrariern nicht fernstehende „Lebensmittelminister“ huldigt, ist zudem eine für sein Wirken mitentscheidende Frage. Es handelt sich darum, ob er den Kampf mit den zahlreichen Widerständen durchsetzen kann und ob er ihn in fühlbarer Weise aufnehmen will. Bis jetzt hat sich schon mehrerlei erwiesen: daß der bundesstaatliche Partikularismus um den Grenzpfahl wie eine Löwenmutter um ihr Junges kämpft; daß die Schlagbaumpolitik der Landräte nur höchst ungenügend dem hoffentlich doch nun entschiedener ausgeübten Druck weichen wird; daß der Bürokratismus dann noch als eine Zwingmauer verbleibt — stärker wie die Panzerwerke vor Verdun —, gegen den der Abgeordnete Müller (Meiningen) in einem Schreiben an den Präsidenten Batocki jetzt die Donnerworte geschleudert hat, daß nicht nur die „Ernährungspolitiker“, die großen Städte, ihre vitalen Interessen nicht an dem „völligen Bankrott des Bürokratismus“ scheitern lassen wollen, daß vielmehr das ganze Volk — „schließlich sogar mit Gewalt“ — sich dagegen erhebt. Ein nicht zu verachtender Gegner sind noch die Kriegsprofiteure, die man so maßlos volksausbeutend hat gewähren lassen, daß es sehr schwer sein wird, hiergegen Dämme aufzurichten. Die 800 und mehr Verordnungen in der Ernährungs- und Versorgungspolitik sind in den letzten Tagen noch um einige bereichert worden; erfreulicherweise auch um solche, denen unbedenklich zuzustimmen wäre, wenn nach allen früheren Erfahrungen sich nicht zugleich wieder große Zweifel über ihre wirkliche Durchführung erheben würden. Das Verbot des Kettenhandels, dieser schlimmsten Giftpflanze des allgemeinen Kriegswuchers, ist zu begrüßen. Die neue Kartoffelverteilungsmethode aber ruft mancherlei Bedenken nach, und in dem, was sie Gutes bietet, sieht man vorderhand auch nur Versprechungen.

Es ist gewiß bezeichnend, daß jetzt die Leipziger Stadtverordnetenversammlung, nach einer gehaltenen Strafpredigt an die Stadtverwaltung und höhere Stellen, von den Leisigern des Gewerkschaftskartells in der Ernährungsfrage die hauptsächlichsten einstimmig sich zu eigen gemacht hat. Säfte in Berlin die Regierung schon im Herbst 1914 den Vorschlägen der Generalkommission und des sozialdemokratischen Parteivorstandes Folge gegeben, wäre es nicht zu solchen trostlosen Zuständen gekommen, die in diesen schlimmsten Wochen jetzt nun allen gründlich offenbar geworden sind. Würde man das Verkommen nachholen und Präsident Batocki die Mitte Juni dieses Jahres von der Konferenz der Landesverbände im Vereine mit der Generalkommission gestellten Punkte in der Ernährungsfrage als richtig anerkannt und auch danach handeln, dann wäre in den Volksmütern die Zukunft noch zu helfen; der schon gerichtete Schaden ist jedoch nicht mehr auf zu machen. Es ist ein großes Versehen für die deutsche Arbeiterbewegung, daß von ihr die ersten Warnungen und die ersten Schritte ausgegangen sind, dem deutschen Volke die fräurigen Erfahrungen der Entbehrungen zu ersparen, die schon in den ersten Monaten schwer durchgehohlet werden mußten und nunmehr aber erst in den Brunnen fest bis zum Sommer abgeminnern begannen, daß die Interessen der Arbeiter über Sordereinteressen gehen. Nun ist jedoch die Zeit der Entbehrungen über den Glauben kann nur in der Vergangenheit liegen, der aufzurichten, daß die Lebensmittelverteilung der Lebensmittelverteilung in den schlimmsten Monaten haben nach den Verhältnissen, wonach zu jeder Woche ein Teil der Bevölkerung nur eines Notgebälles überleben konnte. Die Kriegsnot hat die Arbeiterbewegung in die Lage versetzt, nur wenigen Mitteln, die unter dem Druck der Not erzwungen werden mußten, sich zu bedienen, und sei es nur eines Notgebälles. Die Kriegsnot hat die Arbeiterbewegung in die Lage versetzt, nur wenigen Mitteln, die unter dem Druck der Not erzwungen werden mußten, sich zu bedienen, und sei es nur eines Notgebälles.

andern verschaffen sich die Feuerungszulagen Eingang. Manchmal folgte man auch in älferrmähiger Kopierung dem Beispiele von damit vorausgegangenen Erwerbszweigen, so für die Buchbinder und die Buchdruckerhilfsarbeiter mit dem, was für die Buchdrucker bereits festgelegt war.

Wie es bei uns um die Feuerungszulagen bestellt ist, hat im „Korr.“ schon häufig Erörterung gefunden; daß dies mehr in kritischer Richtung geschah und die anzuerkennende Seite dieser zu einer wirklichen Lebensfrage gewordenen Angelegenheit nicht an die erste Stelle gesetzt werden konnte, ist hinlänglich bekannt. Was in ersterer Hinsicht nach dem so viel Gesagten noch einer Ergänzung bedarf, soll dem besonderen Artikel vorbehalten bleiben, der schon Ankündigung gefunden hat, zu dem das Material auch wohl bald als abgeschlossen anzusehen sein wird. Hier wollen wir, unter Hinweis auf die noch schlummer gewordenen Verhältnisse, versuchen, an die Prinzipale und Prinzipalskretze, die da wähten, es würde in kurzer Zeit schon eine Entlastung eintreten, nochmals appellieren, jetzt nachzuholen, was je bisher unterlassen, mehr zu tun, wo die bewilligten Feuerungszulagen zu gering ausgefallen sind bzw. sich nicht einmal mit der Rücksicht der Prinzipalsorganisation vereinbaren lassen.

Wir haben bis dato fünf Zusammenfassungen von Firmen gebracht, deren Beispiel zur Nachahmung empfohlen werden konnte. Daß diese Veröffentlichungen dazu angeregt haben, kann nicht bestritten werden; daß das Einigungsverfahren vor den Schiedsgerichten wie das Eingreifen des Tarifamts und das verschiedentlich festgestellten gewissen festere Aufstufen der Personale zu Erweiterungen der zuvor bewilligten Feuerungszulagen geführt haben, soll gern konstatiert werden, aber es gibt noch mehr zu tun in dieser Beziehung. Jetzt, angesichts der unerträglich gewordenen Verhältnisse, müssen Nachholungen stattfinden, wo die Gehilfen zu kurz gekommen sind. Daß dies unmöglich wäre, widerlegen die Bewilligungen, die über die lediglich ein Minimum belagenden Rücksichtlinien hinausgehen.

In einer demnächstigen Nummer wird der Schlussartikel zu diesem Thema eine weitere Aufzählung solcher Firmen enthalten, die das Gebot der Stunde richtig und nachahmenswert verstanden haben.

Gewerkschaftsrevue

Im Zeichen praktischer Arbeit für die Verwirklichung der Ziele und Ideale der Gewerkschaften stand eine neuerliche Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die am 15. und 16. Juni in Berlin stattfand. Sie hatte sich mit einer Reihe wichtiger Fragen organisatorischer, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Art zu beschäftigen, auch lag ihr der Geschäftsbericht der Generalkommission für die Zeit vom 1. Juni 1915 bis 31. Mai 1916 vor, auf dessen Inhalt wir weiter unten noch kurz eingehen werden. Nur der Kassenbericht und die von der Generalkommission für die Organisation der Eisenbahner getroffenen Maßnahmen gaben Anlaß zu eingehenderen Erörterungen. Den Maßnahmen selbst stimmte die Kommission gegen wenige Stimmen zu. Neben den Bezirkssekretariaten hat die Generalkommission auch zahlreiche lokale Arbeitersekretariate, die infolge des Kriegs in eine bedrängte Lage geraten, mit Zuschüssen unterstützt, was als notwendig anerkannt wurde. Für den Bedarfsfall wurden zu diesem Zweck der Generalkommission weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Beschlossen wurde ferner, den Angestellten der Generalkommission vom 1. Juli d. J. ab eine monatliche Feuerungszulage von 20 Mk. zu gewähren und denjenigen Angestellten, die von der letzten Feuerungszulage von 15 Mk. abgenommen waren, diese nachzubewilligen. Aber eine Abstimmungshandlung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes gegen die Haltung des „Korr.“ wendenzulässig wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Die Angelegenheiten über die die Reichstag Reichsvereinsgesetz, welche letzte Vorarbeiten mit einem Situationsbericht ein. Er legte die Novelle zwar nicht allen Wünschen des Gewerkschaftsbundes dar, aber den Erwartungen der Gewerkschaften.

schaffen und auch den Zusagen der Reichsregierung entsprechen habe. Im weiteren verließ die Regie die von der sozialdemokratischen Fraktion bei der Verabschiedung der Novelle im Reichstag eingetragene Haltung, die bekanntlich im diametralen Gegensatz stand zur Haltung der Alles-oben-nichts-Politik der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. Mit Schärfe wies der Reichstag die Behauptung zurück, daß die sozialdemokratische Fraktion die Jugendlichen und die fremdsprachlichen Arbeiter preisgegeben habe. Es sei von der Fraktion nichts preisgegeben, sondern ihnen darauf beglückwünscht einzugehen. Es sei nur nicht möglich gewesen, sie in die nunmehr verabschiedete Novelle hineinzuarbeiten, ohne deren Annahme zu gefährden. Die weitergehenden Reichstagsbeschlüsse würden den Inhalt einer späteren Novelle bilden müssen. Die dem Situationsbericht folgende Diskussion bewegte sich fast ausschließlich im Sinne des Referenten und endete mit Annahme folgender, vom Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes beantragten Resolution: „Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände vom 15. und 16. Juni 1916 begrüßt die vom Reichstag am 5. Juni d. J. beschlossene Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die nach ihrem Wortlaut und ihrer von der Regierung beigegebenen Begründung den Gewerkschaften eine größere Bewegungsfreiheit gewährt. Die Konferenz billigt auch das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung und Verabschiedung dieser Novelle. Sie anerkennt, daß es durchaus den Interessen der Arbeiterklasse diene, wenn das Zustandekommen der Vereinsgesetznovelle nicht dadurch gefährdet wurde, daß die Beteiligung des Jugend- und Sprachparagrafen und der Streikbeschränkungen der Kantarbeiter mit ihr verbunden wurde. Sie erwartet, daß die verbündeten Regierungen dem vom Reichstag am 5. Juni d. J. angenommenen Gesetzentwurf, durch den der Sprachparagraf des Reichsvereinsgesetzes aufgehoben wird, ihre Zustimmung geben und unverzüglich eine Gesetzesvorlage einbringen wird, durch die alle weiteren, die freie Ausübung des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts behindernden Gesetzesbestimmungen beseitigt werden.“ Der erste Teil der Resolution wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Vertreter enthielt sich der Stimmabgabe, weil die Mehrheit seines Verbandsvorstandes die von der sozialdemokratischen Fraktion eingeschlagene Taktik als nicht richtig betrachtete.

Die Konferenz beschäftigte sich sodann mit den auf die Schaffung eines Arbeiterrechts nach dem Kriege gerichteten Bestrebungen. Regien ging auf die Entwicklung der in dieser Richtung liegenden Dinge näher ein im Zusammenhang mit der zu erwartenden Verstaatlichung weiterer Produktionszweige nach dem Krieg und im Hinblick auf das Sozialrecht der Arbeiter. Dabei beachtete er besonders die Haltung der preussischen Eisenbahnverwaltung zum Streikrechte der Eisenbahner. Die Aussprache über die hier berührten Punkte blieb zunächst eine informatorische; ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Auf das für die Gewerkschaften außerordentlich wichtige und schwierige Problem der Frauenarbeit leitete das Referat Fräulein Hannan über. Die Frau sei in zahlreichen, ihr bisher verschlossenen Erwerbszweigen eingedrungen. (Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ waren am 1. Januar 1915 in Druck-, Gemeinde- und Betriebskrankenkassen 3168000 weibliche Personen versichert, am 1. Januar 1916 war diese Zahl bereits auf 4631000 gestiegen.) Geschlechte und derkömmliche Schranken seien gelockert. Man sage zwar vorübergehend, aber in vielen Berufen werde die Frauenarbeit auch nach dem Kriege bleiben. Interne Konkurrenz und wirtschaftliche Notlage wirkten hier in gleicher Richtung zusammen. Daraus ergeben sich für die Gewerkschaften organisatorische, wirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben. Die Frauen müßten in die Gewerkschaften eingegliedert werden, um dem Lohnrückgang entgegenzuwirken, außerdem müsse der Arbeiterinnenrat nachdrücklich zur Geltung gebracht werden. Leider sei auch mit einer erheblichen Zunahme der Heimarbeiter zu rechnen, zu der sich besonders Kriegserwitwen, die ihre kümmerliche Pension aufbessern wollen, drängen werden. Um die Erwerbsarbeit mit der Möglichkeit der Hausaufverlorgung zu vereinen, sei die Einführung der Halbtagarbeit für verheiratete Frauen angeregt worden, zu der die Gewerkschaften Stellung nehmen müßten. Der Gang der auf das Referat folgenden Debatte ließ erkennen, daß man in den Gewerkschaften in erster Linie mit der Zurückführung der männlichen Arbeiter in ihre frühere Berufsarbeit rechne. Man verschloß sich der Schwierigkeit nicht, die Frauen zu organisieren, aber doch werde alles versucht werden müssen, um den weiblichen Zustrom zur Erwerbsarbeit gewerkschaftlich zu erfassen. Die Halbtagarbeit eigne sich nicht für alle Industrien und habe auch ihre Schattenseiten. Wo angängig, könne man sie im Interesse der Bekämpfung der Heimarbeit fördern.

Zur Vorbereitung einer gründlichen Diskussion über das Lehrlingswesen auf dem nächsten Gewerkschaftskongress wurde von Sollenbach eine Untersuchung über die technische und theoretische Ausbildung und die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge, wobei besonders die Zweckmäßigkeit der Berufsberatung, die Fragen des Fortbildungsschulwesens, des Kost- und Logiswesens und der väterlichen Gewalt des Lehrherrn zu berücksichtigen seien. Das Resultat ihrer Untersuchungen möchten die Verbandsvorstände bis Ende 1916 der Generalkommission einreichen. In der Debatte wurde weiter eine Ausdehnung der Untersuchung auf die Wirksamkeit der Arbeitervertretungen in den Innungsvereinigungen zur Regelung des Lehrlingswesens und eine Verschiebung des Berichtstermins bis 1917 gewünscht. Beiden Wünschen soll entsprochen werden.

Der alsdann folgende Beratungspunkt der Konferenz betraf die Volksernährung im Kriege. Die bei dieser Gelegenheit ohne Debatte angenommene Resolution wurde in ihrem Wortlaute bereits unter „Rundschau“ der Nr. 71 des „Korr.“ abgedruckt. Bei der Wichtigkeit der ganzen Frage verdienen jedoch auch die Ausführungen des Referenten, des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt, nachträglich noch nach dem Berichte des „Korrespondenzblattes“ hierauf zu werden. Schmidt erkannte die großen Schwierigkeiten an, mit denen die Regelung der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Krieges zu kämpfen hatte, aber die Regierung habe es auf vielen Gebieten bei halber Maßnahmen bewenden lassen und habe dem Privatvermerkens zu weitem Spielraum gelassen, wodurch die Mißstände erklärlich seien, die jetzt die allgemeine Unzufriedenheit ausgelöst hätten. Die Errichtung eines neuen Kriegsernährungsamts solle Abhilfe bringen; dies sei aber nur von derart einschneidenden Eingriffen in die Erzeugung, Verteilung und den Verbrauch, insbesondere in die Preisregelung, zu erwarten, wie sie die vom Referenten vorgeschlagene und von der Konferenz einstimmig angenommene Resolution fordert. Koffentlich finden die praktischen Vorschläge der berufenen Vertreter der Arbeiterklasse zur Sicherstellung der Volksernährung bei der Regierung die ihnen zukommende Beachtung und Würdigung! Die schweren Opfer, die die breiten Volksschichten in diesem Kriege zu bringen haben, dürfen nicht noch vermehrt werden durch eine unzulängliche und unentgeltliche Regelung der Lebensmittelversorgung, von der nur Wucherer und gewissenlose Spekulanten Nutzen ziehen.

Schließlich wurden in der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände noch einige organisatorische Angelegenheiten beraten. Aber die Grundfrage, nach denen solchen Kriegsbeschädigten, die in ihrem früheren Berufe nicht wieder untergebracht werden können, wohl aber in andere Berufe, ihre verlebene Arbeitskraft noch in einem anderen Berufe zu vermerken, Arbeitslosen bzw. Krankenunterstützung zu zahlen ist, war eine Einheitsmeinung in den Auffassungen der Verbandsvorstände nicht zu erzielen.

Raß der Verlauf der letzten Vorstandskonferenz die Überlegenheit positiver Organisationsarbeit gegenüber rein negativer Abwehr erkennen, so bildet der Jahresbericht der Generalkommission, welcher jener Konferenz vorgelegt, einen überzeugenden Beweis von der hervorragenden sozialpolitischen Wirksamkeit unserer gewerkschaftlichen Zentralfstelle. Am nachstehenden sei nur das wichtigste aus dem Jahresbericht erwähnt. Er enthält Mitteilungen über die sozialpolitische Tätigkeit, über die Kassengebarung nebst Jahresabrechnung, über das „Korrespondenzblatt“, die „Oswiata“ (das polnischsprachliche Gewerkschaftsblatt) und den Broschüren- und Büchervertrieb, die Sozialpolitische Abteilung, die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“, die Arbeiterinnen- und das Zentralarbeitersekretariat. Einleitend wird bemerkt, daß die im vorliegenden wie im vorigen Berichte gegebenen Darstellungen der Verhandlungen der Generalkommission mit den amtlichen Stellen über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen, Vereinsrecht, Zensur und Kriegsbeschädigtenfürsorge mehr als ein bloß historisches Dokument sein werden.

Es erfolgt zunächst eine zusammenfassende Schilderung des Werdeganges der Vereinsgesetznovelle, ferner ein Überblick über die von der Generalkommission getroffenen Maßnahmen zur Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner und daran schließt sich der eigentliche Tätigkeitsbericht.

Auf Einladung des Bureaus für Sozialpolitik beauftragte die Generalkommission an einer freien Kommission zur Beratung der Ausgestaltung des Arbeiterrechts nach Abschluß des Krieges. Sie ist weiter in einem freien Ausschusse für Erziehung und Bildungsweisen, der Vorschläge für eine Reform des Schulwesens ausarbeitet sowie im Kriegsausschusse für Konsumenteninteressen vertreten. Für die Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat die Generalkommission eine Abteilung eingerichtet, in der alle bezüglichen Materialien gesammelt und registriert werden. Die Materialien werden zum Teil für Aufsätze im „Korrespondenzblatt“ sowie in den Lazarettzeitsungen verarbeitet und dienen bei den Beratungen in den Landes-, Bezirks- und Ortsausschüssen sowie in den vom Reichsausschusse der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingesetzten Sonderausschüssen, deren zur Zeit zehn bestehen. Diese Sonderausschüsse bestanden wiederum Gruppen und untere Abteilungen ein, in denen die Spezialberatung der einzelnen Fragen erfolgt. In allen Sonderausschüssen sind die Gewerkschaften vertreten, doch haben einzelne Ausschüsse ihre Arbeiten noch nicht begonnen. Die weitgehende Arbeitsleistung veranlaßt den Abschluß dieser Arbeiten und die Öffentlichkeit hat von letzteren noch wenig erfahren. Die Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in der Kriegsbeschädigtenfürsorge ermöglicht auch ein unmittelbares Herantreten an die Lazarettstellen. Den Betreff zum Reichsverband der privaten Fürsorgereineichte die Generalkommission im Interesse der einheitlichen Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge ab; ebenso einen Beitrag an die Größervereine zur Errichtung von Unterrichtskursen und an den Verein für Wohlfügigkeit und Armenpflege. Auch dem Hauptausschusse für Kriegserbnismitteln antwortete sie abendend mit der Begründung: das Wohnungswesen müsse für alle Volksangehörigen, nicht bloß für die Kriegsteilnehmer verbessert werden. Dagegen gewährt sie der Vereinigung für Krüppelfürsorge einen Jahresbeitrag von 1000 Mk. und entsandte einen Vertreter in den Beirat der vom Reichsanwalte des Innern eingerichteten Sonderausschusses von Erbschaftsmitgliedern für Kriegsbeschädigte (in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg).

Eine von der Generalkommission gemeinsam mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen berufene Konferenz von Vertretern der Landesversicherungsanstalten verhandelte

am 2. August 1915 über die Verwendung von Geldern der Landesversicherungsanstalten für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Über diese Verhandlungen wurde durch eine Broschüre berichtet. Die Zentrale für Jugendfürsorge regte bei den Oberkommandos die Einführung des Sparzwanges für Jugendliche an. Gegen diese zwar wohlgemeinte, aber in ihrer Wirkung völlig verfehlte Anregung wandte sich die Generalkommission in einem Schreiben an die Zentrale sowie in einem Artikel im „Korrespondenzblatt“. Der Sparzwang wurde gleichwohl in mehreren Kommandobezirken eingeführt, und die Erfahrungen haben diese Befürchtungen durchaus bestätigt. Bei den Verhandlungen über diese Frage im Reichsausschusse für eine einheitliche Regelung, die die Anwendung des Sparzwanges auf Ausnahmefälle beschränkt, in Aussicht gestellt.

Einer allgemeinen Bewegung für Feuerungszulagen gemeinsam mit andern Gewerkschaftsrichtungen konnte die Generalkommission in Rücksicht auf die durch Tarifverträge gebundenen Organisationen nicht zustimmen, sondern stellte anheim, das Ziel durch Einzelverhandlungen zu erreichen. Die Materialien der Sozialpolitischen Abteilung sollen den Gewerkschaftsfunktionären durch bessere Verwertung im „Korrespondenzblatt“ sowie durch Herausgabe einer sozialpolitischen Korrespondenz mehr zugänglich gemacht werden.

Der Kassensbericht für das Jahr 1915 umfaßt eine Zeit, in welcher die Verminderung der Einnahmen und die Vermehrung der Ausgaben infolge der Kriegswirkungen noch weniger in die Erscheinung tritt. Die Gesamteinnahmen betragen (einschließlich eines Kassensaldos von 315098,96 Mk.) 917617,54 Mk., wovon 284425,80 Mk. auf Beiträge der Gewerkschaften, 60397,40 Mk. auf zurückgegebene Auslagen für die Bauhausausstellung, 6122,32 Mk. auf das „Korrespondenzblatt“, 77,93 Mk. auf „L'Operaio Italiano“, 793,40 Mk. auf die „Oswiata“ und 153419,69 Mk. auf Unterföhrungs-einnahmen entfallen. Herausgab wurden: für sachliche Verwaltung 18011,05 Mk., persönliche Verwaltung 32368,48 Mk., Bibliothek 2613,01 Mk., Druckkosten 3698,05 Mk., Kongresse und Konferenzen 14005,74 Mk., Internationales Sekretariat 9234 Mk., Agitation und Zuschüsse an Sekretariate 152939,40 Mk., Verlag 18550,99 Mk., „Korrespondenzblatt“ 51899,24 Mk., „L'Operaio Italiano“ 2155,33 Mk., „Oswiata“ 3696,69 Mk., Zentralarbeitersekretariat 20576,49 Mk., Sozialpolitische Abteilung 23024,69 Mk. und Unterföhrungen 153419,69 Mk.

Das „Korrespondenzblatt“ war infolge der Kriegswirkungen gezwungen, seinen Umfang unter Wegfall der Beilagen auf acht Seiten wöchentlich einzuschränken und zugleich auf die Mitarbeit zahlreicher Gewerkschaftler im Inn- und Auslande zu verzichten. Dabei sind die Aufgaben des Blattes während des Krieges eher gewachsen, und es hat diese in jeder Kriegsnummer zu erfüllen gesucht, wobei es sich von dem Augenblick an, da der Krieg als Tatsache hingenommen werden mußte, auf den Boden der Landesverteidigung stellte und die Arbeiterinteressen im engsten Zusammenhange mit dem Wohle des ganzen deutschen Volkes zu vertreten suchte. Trotz des Ansehens, das sich das Blatt durch seine Stellungnahme in allen Kreisen, weit über die Arbeiterbewegung hinaus, erworben, schloß es doch auch nicht an Kritikern, und selbst Gewerkschaftsblätter gaben Beispiele der Uneinigkeit der Arbeiterklasse, die das Blatt zu polemischen Auseinandersetzungen nötigten. Auch zu den Vorgängen in der Reichstagsfraktion mußte das Blatt Stellung nehmen, weil wichtige Gewerkschaftsinteressen damit im Zusammenhange standen. Es hat dies getreu seiner Haltung zur Landesverteidigung und im Sinne der Einheit der Partei und der Beurteilung des Disziplinbruchs getan. Darüber geriet es mit dem führenden Organe der Fraktionsminderheit, dem „Vorwärts“, in polemik, das sich herausnahm, den Gewerkschaften und ihrer Presse jede Stellungnahme zu den Parteistreitigkeiten und jede Einschubnahme auf die Parteipolitik zu verbieten, besonders auf die Politik des 4. August 1914. Das „Korrespondenzblatt“ setzte sich mit diesem bedrückenden Standpunkt in einer Artikelserie: „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“ auseinander. Diese Aufsätze sind von der Generalkommission als Broschüre und der Schlussartikel über „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“ als Massenflugblatt für die Gewerkschaftler an und hinter der Front herausgegeben worden. Die Auflage des „Korrespondenzblattes“ ist von 30500 Exemplaren beim Kriegsausbruch auf 28200 zurückgegangen.

Die Sozialpolitische Abteilung ist während des Krieges vor allem infolge der Vertiefung der Konsumenteninteressen, in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Erfreulicherweise konnten alle größeren Gruppen von Arbeiterorganisationen zu einer einheitlichen Interessenerklärung im Kriegsausschusse für Konsumenteninteressen zusammengefaßt werden, so daß es möglich war, den Standpunkt der konsumierenden werktätigen Bevölkerung einheitlich gegenüber den schroff einseitig hervortretenden Interessen bestimmter Produzenten- und Handelskreise zum Ausdruck zu bringen. Weitere Arbeiten der Sozialpolitischen Abteilung waren der Reform des Arbeitsnachweises, der Heimarbeit und den Beschäftigungsverhältnissen in der Textil- und Bekleidungsindustrie gewidmet. Die Sozialpolitische Abteilung hat eine umfangreiche Presseföhrung auf allen diesen Gebieten entfaltet und den Standpunkt der Arbeiterklasse auch in zahlreichen Eingaben an das Reichsamt des Innern und in mündlichen Verhandlungen mit diesem zum Ausdruck gebracht. Die Materialsammlung der Abteilung hat auf manchen Gebieten durch den Krieg eine plötzliche Unterbrechung erfahren, auf andern sind neue Probleme aufgetaucht, so auf dem der Kriegs-föhrung, der Kriegswirtschaft und Volksernährung wie auch im inneren Bereiche der Arbeiterbewegung. Auch der Bibliothek wurde die nötige Aufmerksamkeit zugewendet.

Das Arbeiterinnensekretariat hat sowohl durch Veranlassung als auch durch regelmäßige Aufsätze für die Gewerkschaftspresse über wichtige Arbeiterinnenfragen die Agitationsarbeit gefördert. Als Sekretariat wurde es hauptsächlich zur Auskunfterteilung und Rechtshilfe in Fragen über Arbeiterinnenschutz und Arbeiterversicherung in Anspruch genommen. Auch die Mitarbeit im Vorstande des „Nationalen Frauenendienstes“ (Berlin) beanspruchte einen Teil der Tätigkeit der Sekretärin. Im Vorstande der Organisation „Kriegsspende deutscher Frauendank 1915“ ist das Sekretariat ebenfalls vertreten. Ferner erledigt die Sekretärin die Kassengeschäfte des Verbandes der Hausangestellten. Im März d. J. wurde dem Reichstag eine gemeinsame Eingabe des Sekretariats und des sozialdemokratischen Frauenbureaus betreffs Wiedereinführung des für die Dauer des Krieges ausgeschalteten Arbeiterinnen-, Jugend- und Sinderschutzes, zumindest des Achtfundentags für die in der Schwermetallindustrie tätigen Frauen, eingereicht.

Seit 1. Januar 1916 gibt die Generalkommission die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ heraus, deren Redaktion die Sekretärin übernommen hat. Das Organ wird fast ausschließlich von den gewerkschaftlichen Organisationen bezogen und hat bereits eine Auflage von 75000 erreicht; ein Beweis, daß das Blatt zur Agitation unter den Arbeiterinnen dringend gebraucht wurde. Das Blatt widmet sich neben der gewerkschaftlichen Schulung der Leserinnen auch der Information über sozialpolitische und rechtliche Fragen und der allgemeinen Belehrung.

Das Zentralarbeitersekretariat hatte, analog der Zahl der Rekrute beim Lebensversicherungsamt, einen Rückgang der zur Verteilung überwiesenen Sachen zu verzeichnen. Ihre Zahl belief sich auf 1060 (1914: 1397, 1913: 2125, 1912: 2343, 1911: 2465, 1910: 2416). Sie betrafen fast ausschließlich die reichsgesellschaftliche Arbeiter- und Knappschaftsversicherung. Die Gesamtzahl der Posteingänge des Sekretariats betrug 6005, der Postausgänge 7956, der angefertigten Schriftsätze 1226. Die im Sekretariat redigierte „Arbeiterrechtsbeilage“, die im August 1914 ihr Erscheinen eingestellt hatte, wird seit dem Mai 1915 wieder monatlich herausgegeben. In ihr werden die wichtigsten Rechtsentscheidungen zum Gegenstande von Abhandlungen gemacht.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

L. Bielefeld. (Maschinenleher-Bezirksverein.) Ihre Quartalsversammlung, die am 27. Juni, nachmittags, in Bad Dönhaußen stattfand, war sehr gut besucht. Auch die Bezirksvorsitzendenmitglieder Weeking und Holz und der Dönhaußen-Ortsverein nahmen daran teil. Nach der Begrüßung der Versammelten durch den Vorsitzenden und den Vorlesenden des Dönhaußen-Ortsvereins, Kollegen Laute, wurde das Andenken des im Osten gefallenen Kollegen Gustav Guller — des fünften Kriegstodes unserer Vereinigung — in der üblichen Weise geehrt. Hierauf wurde ein Zirkular der Zentralkommission und eine Anzahl Karten beim Heere befindlicher Mitglieder verlesen. Vier Ausnahmen wurden vollzogen. Von 60 Mitgliedern stehen 29 beim Heere. Der Kassenbericht vom ersten Quartal 1916, erstattet vom Kollegen Böhenkamp, fand Genehmigung. „Was haben wir Maschinenleher unsern Verbänden zu danken?“ Über dieses Thema referierte Johann Vorlesender Bielefelder. Den einfindigen Ausführungen folgten die Versammelten mit Interesse. Mit dem Gebörten war man allseitig einverstanden. Die Steuerungsulagen sind im allgemeinen im hiesigen Bezirk recht mager für die Maschinenleher ausgefallen. Man hätte von unsern Prinzipalen ein größeres soziales Verständnis erwarten dürfen. Den Kollegen wurde geraten, dort, wo man allzu engherzig verfahren ist, auf Grund der Leistungen eine Lohnzulage zu fordern. Nach Erledigung der Punkte „Technisches“ und „Tarifliches“ wurde unter „Verschiedenes“ u. a. noch besprochen, den beim Heere befindlichen Mitgliedern je ein Liebesgabenpäckchen zukommen zu lassen. Als die Versammlung schloß sich unter Führung der Dönhaußen-Kollegen ein Spaziergang mit Angehörigen, wobei die Sehenswürdigkeiten des prächtigen Badeortes mit besichtigt wurden.

Wien. Außer der imposanten verlaufenen Jubiläumsvollversammlung hielt unser Ortsverein im verflochtenen Jahresverlauf zwei Mitgliederversammlungen ab. Die Versammlungen ehrten das Andenken der im Kampfe für ein freieres Deutschland gefallenen Kollegen Wilhelm Benke, Maximilian Otto, Winand Erpenbach, Johannes Schwabacher, Heinrich Rink und Heinrich Gräber und der am Orte verstorbenen Kollegen Johannes Kössgen, Jakob Plesken und Johannes Wosien. Kollege Müller forderte in der Versammlung am 1. April auf, trotz der Schwierigkeiten infolge der zu erwartenden baldigen Einziehung der Neuauslernenden dafür zu sorgen, daß diese reiflos dem Verband als Mitglieder zugeführt würden. Die einschlagende Sachfrage zur Erlangung von Steuerungsulagen wurde besprochen. Über das Resultat ihrer Forderungen sollten, so wurde beschlossen, die Vertrauensleute dem Vorstande sofort Mitteilung machen. Aber „Sinnfragen im Weltkrieg“ sprach Herr Redakteur Georg Bender. — In der Versammlung am 17. Juni konnten 31 neuausgelernte Kollegen als Mitglieder aufgenommen werden. Die am 31. März angenommene Statistik zeigte folgendes Bild: 498 Mitglieder waren vorhanden. Seit 1. Juli 1914 sind 31 neuangeworben; zum Heeresdienst eingesogen wurden 769. Von diesen waren 373 verheiratet; zurückgekehrt vom Kriegsdienste sind 40; gefallen sind 61; 7 Kollegen sind in anderen Berufen beschäftigt; vollbeschäftigt waren 473. Für die Familien der Kriegstest-

nehmer wurden aus der Ortschaft 1315 Mk. als Unterstützung gezahlt. Kollege Müller verlas eine Zusammenstellung der von den einzelnen Druckereien bewilligten Steuerungsulagen. Das Ergebnis konnte keineswegs befriedigen. Im allgemeinen wurden die Steuerungsulagen nach dem vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlenen Richtlinien bewilligt, während einzelne Firmen darüber hinausgegangen sind. Mißbilligung mußte es überdies erregen, wenn bei einer großen Firma die Steuerungsulagen bei mehreren Kollegen sich 1—2 Mk. unter den Richtlinien bewegen, während die bisher von der Firma gezahlten Kranken- und Invalidenbeiträge wieder in Abzug gebracht wurden. Herr Redakteur Solmann hielt danach einen Vortrag über: „Reisefolge in England“. Wenn auch der Verlesungsbesuch in den letzten Monaten ein besserer geworden ist, so müssen wir immerhin noch die Laubstiel vieler Kollegen beklagen. Es darf wohl der Wunsch ausgesprochen werden, daß sich jeder Kollege seiner Pflicht als Verbandsmitglied bewußt wird und die Versammlungen besucht.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erstellten das Eiserne Kreuz: Jakob Felke (München), Franz Fischer und Emil Grentling (Münster), Bruno Küllberg und Emil Walzer (Stettin), Matthias Prolius, Adam Leonardy und Karl Treiser (Srier) sowie Jakob Messer (Münsterheim). Damit haben bis jetzt 1682 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Die verfeindete Kupferstecherkunst. Aber einen rapiden Rückgang der deutschen Kupferstecherkunst fanden wir dieser Tage in der Presse folgende Mitteilung: Die Entwicklung der Verfeinerungskunst in der Neuzeit scheint das meist so hoch angelegene Kupferstechergewerbe so stark zurückdrängen, daß man fast von einem Aussterben dieser Kunst reden kann. Der Hochst dieser Kunst war seit Albrecht Dürer Nürnberg. In jedem Jahrhundert hatte Nürnberg tüchtige Kupferstecher aufzuweisen. Nach einem Hinweis der „Papierzeitung“ gab es 1826 in Nürnberg 63 Kupferstecher, davon 46 Figuren-, Bildnis- und Landschaftstecher und 17 Schrift- und Landkartentecher. Das Nürnberger Adreßbuch für 1916 verzeichnet aber nur noch 6 Kupferstecher. So hat die Ausgestaltung der graphischen Technik bewirkt, daß zwar die Zahl der Kupferstecher eine sehr kleine geworden, daß aber unendlich viel mehr Menschen als früher sich an den guten Reproduktionen erfreuen können.

Vom verbesserten Reichsvereinsgesetz. Wie die Berliner „Vollzeitung“ zu berichten weiß, sind dieser Tage die Vorstände aller in Berlin domicilierenden Eisenbahnerverbände (etwa 30 an der Zahl) amüßlich zur Eisenbahndirektion Berlin geladen worden, die ihre aufsichtsführende Behörde darstellt. Dort wurde ihnen durch den Direktionspräsidenten im Auftrage des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten eröffnet, daß die Verwaltung und Regierung mit dem Verhalten vieler Verbände in letzter Zeit höchst unzufrieden sei. Insbesondere überschreite die Kritik an den Lebensmittelanahmen der Regierung jedes gebührende Maß; Redakteure und Verbandsbeamte eigneten sich allen Einfluß in den Verbänden an. Das könne sich die Staatsbahnverwaltung nicht gefallen lassen, sie werde daher in Zukunft die Vorstände der Verbände dienlich zur Verantwortung ziehen. — Daß die Staatsbahnverwaltung eine Kritik an den Lebensmittelanahmen der Regierung nicht ertragen kann, ist doch recht sonderbar. Man könnte danach der Ansicht zuneigen, daß die betreffende Eisenbahnverwaltung nicht über jede Kritik erhaben sein kann, was im gewöhnlichen Leben meist mit Recht auf eignes schlechtes Verhalten zurückgeführt wird. Doch abgesehen von diesen mehr sachlichen Erwägungen drängen sich noch weit wichtigere prinzipielle Bedenken aus diesem Vorkommnisse besonders für die deutschen Gewerkschaften hervor. Die Verbesserung, die das Reichsvereinsgesetz durch die bekannte letzte Novelle in Hinsicht auf eine freiere Betätigung der Gewerkschaften in wirtschaftlichen Fragen erfahren soll, wird dadurch für die Organisationen der vielen Tausenden preussischen Staatsarbeiter direkt hinfällig. Was das Reichsvereinsgesetz ihnen nicht mehr verwehrt, das wird ihnen nun auf dem sogenannten Disziplinarwege noch viel schärfer unterbunden und verlagert, als es irgendwelche richterliche Instanz nach dem neu kommentierten Reichsvereinsgesetz tun könnte. Zu der vom Reichskanzler verprochenen Neuorientierung paßt dieses Vorgehen der preussischen Eisenbahnverwaltung sehr schlecht. Es gibt vielmehr jenen Anschauungen recht, die den vielfach erhoffenen günstigen Wirkungen des verbesserten Reichsvereinsgesetzes von Anfang an sehr mißtrauisch gegenüberstanden. Der Weg ist ein anderer als früher, aber die Tendenz ist die gleiche. Es ist eine Neuorientierung der Form, aber nicht dem Geiste nach.

Zwangsgenossenschaften im Handwerk. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Menschen leicht von einem Extrem ins andere fallen, und daß sie das, was sie einstmals verurteilt haben, nunmehr in den Himmel heben. Diese Tatsache zeigt sich besonders deutlich in der veränderten Stellungnahme, die das deutsche Handwerk zur Genossenschaftsfrage einnimmt. Einmal wollte niemand etwas von Genossenschaften wissen, und die Handwerker erblickten ihr Teil in dem freien Spiele der Kräfte. Hieraus erklärt sich das kümmerliche Dasein, das die wenigen Handwerker-genossenschaften seit Jahrzehnten geführt haben. Neuerdings ist hierin infolge des Krieges ein

völliger Umschwung eingetreten, und weite Kreise des Handwerkes sehen ihre ganze Hoffnung auf die Genossenschaften. Man fordert den Zusammenschluß der Handwerker zu Zwangsgenossenschaften, die vor allen Dingen das Lieferungs- und Submissionswesen einheitlich regeln sollen. Außerdem sollen sie auch den Einkauf der Rohstoffe und den Verkauf der fertigen Waren in die Hand nehmen. Diese Genossenschaften sollen, nach der Meinung ihrer Befürworter, die Groß- und Kleinbetriebe mit Ausnahme der Fabrikbetriebe umfassen. Da die Bezeichnung „Fabrikbetrieb“ sehr denkbar ist, wird der Vorschlag gemacht, daß als Fabrik nur solche Betriebe angesehen werden, die ausschließlich ungelernete Arbeiter beschäftigen. Daß dieser Vorschlag undurchführbar ist, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es ist vom rechtlichen Gesichtspunkt aus unumgänglich, fabrikmäßige Großbetriebe und handwerksmäßige Kleinbetriebe in einer Tunung zusammenzuschließen, da die Bestimmungen der Gewerbeordnung und die Entscheidungen der Gerichte dem entgegenstehen. Besonders unumgänglich aber ist ein derartiger Zusammenschluß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Zwischen Großbetrieben, die den Charakter einer Fabrik tragen, und Kleinbetrieben bestehen scharfe wirtschaftliche Interessengegenätze, die ein Gemeinschaftsgefühl und ein gemeinsames Zusammenarbeiten ausschließen. Nur dann sind diese beiden Vorbedingungen einer gedeihlichen Wirksamkeit gegeben, wenn eine wirtschaftliche Übereinstimmung der Interessen vorhanden ist, wie sie z. B. in den Konsumgenossenschaften besteht. Hier haben alle Mitglieder das gleiche Streben, während in einer Zwangsgenossenschaft die Großbetriebe und Kleinbetriebe umfaßt, die Willensrichtungen auseinandergehen. Auch unter den eigentlichen Handwerkern selbst bestehen noch Interessen, die sich schwer miteinander vereinbaren lassen. Der tüchtige Handwerkermeister, der technisch geschult und finanziell kräftig ist, will seinen Betrieb ausdehnen und zu einem Großbetrieb entwickeln, während der am Rande des Abgrundes vegetierende rückständige Meister froh ist, wenn er das Leben kriecht. Wo solche verschiedenartige Kräftegen in einer Organisation vereinigt sind, da kann von einem gedeihlichen Zusammenwirken keine Rede sein.

Industrie und „Mitteleuropa“. Gegen einen engeren wirtschaftspolitischen Zusammenschluß Österreich-Ungarns mit dem Deutschen Reich erklärt sich in einer Abhandlung der Generalsekretäre des österreichischen Industriellenklubs und des Verbandes der Industriellen, Herr Gustav Raunig in Wien. Er erörtert in dem Projekt „Mitteleuropa“ eine Gefahr für die österreichische Industrie. Ganz unumwunden sagt er, daß Deutschland infolge der Unterbindung seiner Ausfuhr durch den Krieg sich bemühe, in Österreich-Ungarn und dem Balkan einen Ersatz zu finden. Deutschland brauche die österreichisch-ungarische Nacharchie als Landweg nach dem Balkan, der Türkei und nach Indien. Und warum dies? Nun, weil Deutschland seine Handelswege nicht wiederherstellen könnte. Es muß Industrieerzeugnisse ausführen; will es nicht jährlich Hunderttausende von Menschen zur Auswanderung freiden, die es als Soldaten und Kämpfer zur Aufrückhaltung seiner politischen und militärischen Machtstellung unbedingt braucht. Die Industrie Deutschlands hat sich so günstig entwickelt, daß schließlich eine Armee von Arbeitern aus Nachbarländern, darunter Hunderttausende auch aus Österreich, zu verarbeitender Arbeit in Deutschland abströmen. Den Anstrengungen seiner Industrie, diese Arbeiter zu gewinnen, einen immer größeren Teil des Weltmarktes zu erobern. Der Export in die jetzt feindlichen Länder ist die Höhe von 3 1/2 Milliarden Kronen erreicht. Aber auch die noch größere Anzahl nach den neutralen und überseeischen Ländern ist ins Leere geraten. In dieser Not, abgeschnitten vom Meere und den überseeischen Ländern, entstand der Plan einer wirtschaftlichen Vereinigung beider verbündeter Staaten. Durch eine wirtschaftliche Vereinigung würde das schwächere Österreich durch das stärkere Deutschland zurückgedrängt werden. Im Wettbewerb entscheide der Stärkere. Ein weiteres Moment, das die wirtschaftliche Vereinigung erschwere, sei unser Verhältnis zu Ungarn. Durch die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich werde die alte Volksgemeinschaft mit Ungarn gefährdet. Das wäre ein „selbstmörderischer Tausch“. Ein Zoll, wenn auch ein mäßiger, werde immer notwendig sein; eine Aufhebung jedes Zolles würde einer wirtschaftlichen „Entscheidung“ Österreichs durch Deutschland gleichkommen. Als Schlüsse verweist Herr Raunig darauf, daß auch in Österreich eine Abneigung gegen die wirtschaftliche Vereinigung der Staaten bestehe. Alles in allem ist bei manchen Österreichern die Furcht vor einer „Überflutung“ des eigenen Marktes durch die Waren des Freundes, mit welchem man gegen eine Welt von Feinden schulte. In der österreichischen Gewerkschaftsfolge Ausführlungen: Auch die Frage mit nüchternen Augen. Aber desto fester sind sie davon überzeugt, was schranken keinen sicheren Schutz gegen „fremde“ Waren bieten. Denn auch die bisherige haben nicht gehindert, daß die deutsche Ausfuhr nach Österreich in immer höherem Maße die Einfuhr von Österreich nach Deutschland überflutet.

Deutsche Wirtschaftsüberlegenheit in französischer Besetzung. Das französische Nationalratsmitglied, der auswärtsigen Werts hat kürzlich einen Bericht veröffentlicht, in dem die deutschen wirtschaftlichen Überlegenheit Frankreichs gegenüber Deutschland in 10 Worten zum Ausdruck kommt: Das Wichtigste scheint zu sein, daß

von wenigen Ausnahmen abgesehen, die den Arbeiter nicht billig ist. Es ist daher besser organisiert wären, wo die Interessen der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter durch ein wachsendes Ansehen für das Wohlergehen der Arbeiter, wie es in Deutschland. Ebenso sind die Gehälter und Einnahmen der Direktoren und Verwalter, Ausgaben für hygienische Einrichtungen, das Risiko des Kredits und kühnen Unternehmungsgelbes, Neuanfassungen von Maschinen, höher in Deutschland als in irgendeinem europäischen Lande. Die Ursachen der billigen Preise deutscher Erzeugnisse liegen in der Großproduktion, die Industrie ist konzentriert, die Fabriken sind nicht auf Gerate, sondern ihren Zwecken vollkommen ausgerichtet. Deshalb große Ersparnisse an Zeit und Kosten. Die Werkzeuge sind die modernsten, die Augen neuer Maschinen, des Kredit gefläßt, diesen Nutzen halb zu machen und hierdurch die auswärtigen Konkurrenz zu überbieten. Andre Ursachen sind: der billige Preis der Brennstoffe, die Leichtigkeit des Transports zu Wasser und zu Lande, die vollständige Ausnutzung der Nebenprodukte. Seit nach dieser Beurteilung die deutschen Lohnverhältnisse als besonders günstig erscheinen könnten, möchten wir darauf aufmerksam machen, daß dabei lediglich der Nominallohn, nicht aber der Reallohn zugrunde liegt. Aber abgesehen auch davon, kommt in Betracht, ob organisierte und technische Produktivität, gleichsam als Naturgaben wirken, deren Kostendeckung der Feststellungskosten eines Arbeiterzeugnisses materiell nicht in Rechnung gestellt werden können. Alle rechnungsfähigen Produktionsvorteile ergeben sich im Laufe der Veränderung wirtschaftlicher Existenzbedingungen nur aus den Überschüssen bei der Verwertung und Einpannung der menschlichen Arbeitskraft in den Produktionsprozess im allgemeinen. Ergibt sich nun auf diesem Wege die Möglichkeit, deutsche Erzeugnisse im Auslande billiger zu verkaufen als gleich gute Waren, die in dem betreffenden fremden Lande selbst erzeugt wurden, so war und ist dies eben nur dadurch möglich, daß der Kostenanteil der auf der dortigen inländische menschliche Arbeitskraft in allen Produktionsstufen zusammen entfällt, höher ist als bei uns. Und daraus ergibt sich auch für uns der logische Schluss, daß auf Kosten oder „schöner“ gesagt, dank der Güte und Billigkeit deutscher Arbeitskräfte dem Auslande Ware zu einem Preise zur Verfügung gestellt werden, die im Auslande gleich gut, nur mit gleich großer Anstrengung wie bei uns hergestellt werden könnten. Da es aber nicht als Naturgesetz anzusehen ist, daß die Vorteile organisatorischer und technischer Produktionsquellen nur dem kapitalistischen Unternehmertume zugute kommen dürfen, sondern in erster Linie wieder allen dabei zum Eintrage kommenden menschlichen Arbeitskräften zufließen sollten, so bleibt für uns nach wie vor die Tatsache bestehen, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands auf nichts anderes als auf das Übergewicht der durchschnittlichen deutschen Arbeitsleistungen gegenüber den entsprechenden materiellen Gegenleistungen zurückzuführen ist.

kaufen als gleich gute Waren, die in dem betreffenden fremden Lande selbst erzeugt wurden, so war und ist dies eben nur dadurch möglich, daß der Kostenanteil der auf der dortigen inländische menschliche Arbeitskraft in allen Produktionsstufen zusammen entfällt, höher ist als bei uns. Und daraus ergibt sich auch für uns der logische Schluss, daß auf Kosten oder „schöner“ gesagt, dank der Güte und Billigkeit deutscher Arbeitskräfte dem Auslande Ware zu einem Preise zur Verfügung gestellt werden, die im Auslande gleich gut, nur mit gleich großer Anstrengung wie bei uns hergestellt werden könnten. Da es aber nicht als Naturgesetz anzusehen ist, daß die Vorteile organisatorischer und technischer Produktionsquellen nur dem kapitalistischen Unternehmertume zugute kommen dürfen, sondern in erster Linie wieder allen dabei zum Eintrage kommenden menschlichen Arbeitskräften zufließen sollten, so bleibt für uns nach wie vor die Tatsache bestehen, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands auf nichts anderes als auf das Übergewicht der durchschnittlichen deutschen Arbeitsleistungen gegenüber den entsprechenden materiellen Gegenleistungen zurückzuführen ist.

bandsgelichte kann von der Kriegsteilnehmern auch später zum Vorzugpreise von 2 Mk. bezogen werden. Groß. Groß! — A. L. in Steffin; 2 Mk. — F. Sch. in Breslau: 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbüro: Berlin SW 29, Chammplatz 5
 Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191

Adressenveränderungen.
 Gau Dresden. Gauvorsteher: Heinrich Dresden-21, Grüne Straße 12 II.
 Gau Mittelfranken. Gauvorsteher: Mannheim-Feudrheim, Hauptstraße 134
 Kaiserslautern. Vorsitzender: Georg Brünenstraße 13 p.
 München. Bayerischer Korrektorenverein. Vorsitzender: Karl Balendrei, Augsburgstraße 19 II. Stellvertreter: Joseph Schäffler, Säberstraße 9 IV r.

Zur Aufnahme gemeldet
 (Einwachen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse: Im Gau Hannover 1. der Drucker Georg Böhner, geb. in Hof (Bayern) 1895, ausgel. dat. 1912; 2. der Seher Franz Busse, geb. in Thorn 1880, ausgel. dat. 1899; waren schon Mitglieder. — Emil Frische in Hannover-Laagen, Hildesheimer Straße 7.

Veranstaltungskalender.
 Bismarckfeier. Versammlung heute Sonntag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Baumann, Döckenhofstraße, abends 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Bismarckstraße 19.
 Düsseldorf. Maschinenmeister-Versammlung heute Sonntag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Karlshof“, Karlsplatz, Stiefberg 1. Schl. Maschinenmeister-Versammlung Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Schwarzen Adler“, äußere Burgstraße.

Briefkasten.
 A. S. in W.: Wenn Sie einen Artikel im Linientage haben, der hinsichtlich des Veröffentlichungsstermins keine Ansprüche erhebt, dann nur empor damit aus der schwarzen Kiste. Solche Sachen sind uns willkommen, denn für die nächsten paar Wochen ist kein Raum verfügbar. — G. K. in S.: Danken für Zulassung; werden gelegentliche Einsendung im Auge behalten. — G. W. in W.: Von der Verlagsbuchhandlung Ferdinand Schöningh in Paderborn wurde uns mitgeteilt, daß die neue dritte Auflage der empfehlenswerten „Ausführlichen Rechtschreiblehre“ von Lammer in ihrem Verlage zum Preise von 2,50 Mk. erschienen ist. — D. K., Abg.: 1. Wir empfehlen Ihnen, sich an die Mergentaler, Sehmachmaschinenfabrik in Berlin N, Chausseestraße, zu wenden. 2. Fertigkeit im Manuskriptlesen können Sie sich nur durch die Praxis erwerben. Lehrbücher dazu gibt es nicht. — E. L. in M.: Die Ver-

„Gutenbergs“
Gesangverein Leipziger Buchdrucker und Schriftgießer
 Am 13. Juli d. J. sind 25 Jahre verflossen, seit der „Gutenberg“ ins Leben gerufen wurde und seinen Niederquell der Leipziger Kollegenschaft nutzbar machte. Die
Gedenkfeier zum 25. Stiftungstage
 soll nun am Sonnabend, dem 15. Juli, abends 8 Uhr, im Saale des „Crællior“ (Vereinslokal), Tauscher Straße 25, stattfinden. Unser verehrter Gauvorsteher, Kollege Karl Engelbracht, hat in dankenswerter Weise die Festansprache übernommen. Gesänge des „Gutenbergs“, Musik des Schütz-Quintetts werden der Gedenkfeier einen würdigen Rahmen geben, der auch die Ehrung der Gründer und Jubilare einschließt. — Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, findet dann eine Nachfeier im Garten des „Volkshauses“, Zeiger Straße 32, am Verbandsdenkmal statt. Zu beiden Veranstaltungen laden wir die Leipziger Kollegenschaft, unsere auswärtigen Freunde sowie unsere Mitglieder herzlichst ein. Der Vorstand.

Tüchtige Buchdruckmaschinenmeister
 nicht kriegsverwendungsfähig, in dauernde Stellung gesucht. Eventuell Reisevergütung. [717]
 M. Strüden, Buchdruckerei, Düsseldorf 17.

Maschinenmeister
 für Illustrationsdruck sucht Aug. Pries, Leipzig, Brüderstraße 59.

Buchdruckmaschinenmeister
 in dauernde Stellung für sofort oder später gesucht. [712]
 C. G. Röder, G. m. b. H., Leipzig, Gerichtsweg 5/7.
 Wegen Einberufung suche ich sofort einen tüchtigen [702]

ersten Maschinenmeister
 der hauptsächlich
und Bierfarbendruck
 (Postkarten) in diesem in stände ist, dem Personal mit Takt und Energie vor-
 aussetzen. Gest. [703]
 Max Dethlefsen, Kunstdruckerei, Stuttgart, Immenhofstraße 17 a.

Zweiter Maschinenmeister
 für Drei- und Vierfarbendruck (Postkarten) sucht für sofort [703]
 Max Dethlefsen, Kunstdruckerei, Stuttgart, Immenhofstraße 17 a.

Monotypsetzer
 mit mehrjähriger Praxis für C- oder D-Falter, in bezug auf wissenschaftlichen Wert und tabellarischen Geh. gesucht. [704]
 Die Geschäftsstelle d. Bl.

Typographsetzer
 (A) sofort gesucht. Ausführliche Angebote erbeten. Die Stellenstelle ist bereits besetzt, den Bewerber besten Dank.
 Wallmanns Verlag und Buchdruckerei, Berlin-Bankwitz.

Ein Linotypsetzer
 für Multi-Deed, möglichst für Solobüchlein, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Alters- und Lohnangabe an die [718]
 Eberhardische Hof- und Katschbuchdruckerei, Wismar (Pflze).

Mehrere Wertsetzer
 zum 17. Juli sucht [710]
 Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg a. S.

Einige zuverlässige Seher
 für Werk- und Tabellenjahr für sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen erbeten unter Nr. 705 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Maschinenmeister
 der auch mit Anlageapparaten vertraut, gesucht. Bevorzugt solche, die auch etwas Rotation verstehen. [719]
 W. & E. Roewenthal, Berlin C 19.

Maschinenmeister
 oder Schweißergeben, ein Seher für Inzerate und Abzüge in angenehme, dauernde Stellung bei hohem Lohn nach einer Mittelstadt Brandenburgs sofort gesucht. Offerten unter Nr. 709 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Seherstereotypen
 sucht [719]
 Druckerei Roewenthal, Berlin C 19.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule [720]
 Barmen

Teilzahlung.
 Uhren und Goldwaren, Hofuhrartikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländischer Schmuck.
 Kataloge gratis und franco liefern
 Berlin A. 407.
Jonak & Co., Belle-Alliance-Str. 7/10.

Herzinnigsten Dank
 für die mir zu meinem 50-jährigen Vereinsjubiläum erwiesenen Ehrungen. [720]
 E. Anruh, Königsberg i. Pr.

Als weiteres Opfer des gewaltigen Völkerringens fiel im Südosten unser Mitglied, der Seher [708]
Karl Bauer
 aus Mainz, im Alter von 21 Jahren. Sein Andenken wird stets in Ehren halten
 Der Bezirksverein Mainz.

Bei einem Sturmangriff in den Kämpfen vor Verdun fiel unser Kollege, der Seher [713]
Herbert Giering
 geboren am 6. März 1887 in Gnesen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Ortsverein Posen.

Am 17. April fiel in den Kämpfen vor Verdun unser treues Mitglied und braver Kollege, der Drucker [713]
Walter Siedge
 Gefreiter in einem Res.-Inf.-Reg. im Alter von 23 Jahren. Ihre tiefsten Andenken!
 Bezirksverein Braunschweig.

Durch den Weltkrieg verloren wir wieder einen lieben Kollegen, den Drucker [713]
Erich Derks
 aus Steinburg bei Nabel, 23 Jahre alt. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren
 Der Verein Steinfener Buchdrucker.

Am 20. Juni verstarb unser lieber Freund und Kollege, der Seherinvalide [716]
Richard Selbig
 im Alter von 37 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
 Die Kollegen der Firma Th. Schacht, G. m. b. H., Breslau.

Am 25. Juni verschied nach längerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Maschinenmeister [719]
Kurt Kunick
 im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Verein Breslauer Buchdruckmaschinenmeister.